



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Sachgebiet Bürgerdienste (Einwohnermeldeamt) der Verbandsgemeinde Vallendar

### **Vorbemerkung**

Wer eine Wohnung bezieht, ist grundsätzlich verpflichtet, sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Einzug bei der Meldebehörde anzumelden (§ 17 Absatz 1 Bundesmeldegesetz - BMG) und die zur ordnungsgemäßen Führung des Melderegisters erforderlichen Auskünfte zu geben (§ 25 Nummer 1 BMG). Wer aus einer Wohnung auszieht und keine neue Wohnung im Inland bezieht hat sich innerhalb von zwei Wochen nach dem Auszug abzumelden (§ 17 Absatz 2 BMG) und die zur ordnungsgemäßen Führung des Melderegisters erforderlichen Auskünfte zu geben (§ 25 Nummer 1 BMG). Wer Einzugsmeldungen nicht, nicht richtig oder verspätet abgibt, sich nicht oder verspätet abmeldet oder eine Mitwirkungspflicht verletzt, handelt ordnungswidrig und kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 Euro belegt werden.

### **1. Verantwortlicher und Ansprechpartner**

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Fachbereich 3 - Bürgerdienste  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar

Tel.: 0261/6503-184, -185, -186, -199

E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

### **2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:**

Ansprechpartner für Belange des Datenschutzes ist die Datenschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde Vallendar:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar, Tel.: 0261/6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Die Meldebehörde hat nach § 2 Absatz 1 BMG personenbezogene Daten über die in ihrem Zuständigkeitsbereich wohnhaften Personen (Einwohner) zu registrieren, um deren Identität und Wohnungen feststellen und nachweisen zu können. Die in den Melderegistern gespeicherten personenbezogenen Daten werden von der Meldebehörde genutzt, um nach Maßgabe der Vorschriften über Melderegisterauskünfte (§§ 44 ff. BMG) und Datenübermittlungen (§§ 33 ff. BMG) den berechtigten Informationsbedürfnissen sowohl nicht-öffentlicher Stellen und Privatpersonen als auch öffentlicher Stellen Rechnung zu tragen sowie bei der Durchführung von Aufgaben anderer öffentlicher Stellen mitzuwirken (§ 2 Absatz 3 BMG). Zu bestimmten Anlässen erfolgen regelmäßige Datenübermittlungen (§§ 36, 43 BMG; 1. und 2. Bundesmeldedatenübermittlungsverordnung) an andere öffentliche Stellen sowie nach § 42 BMG an öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften. Darüber hinausgehende, auch regelmäßige Datenübermittlungen erfolgen aufgrund der Bestimmung durch Bundes- oder Landesrecht, in dem die jeweiligen zugrunde liegenden Anlässe und Zwecke der Datenübermittlung, die Empfänger und die zu übermittelnden Daten benannt werden.

### 4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

- a) Die Meldebehörde darf an andere öffentliche Stellen im Inland (siehe § 2 Bundesdatenschutzgesetz), öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften und den Suchdienste aus dem Melderegister Daten übermitteln, oder Daten innerhalb der Verwaltungseinheit (Gemeinde) weitergeben, soweit dies zur Erfüllung ihrer eigenen oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden Aufgaben erforderlich ist.
- b) Privatpersonen und nicht-öffentliche Stellen erhalten auf Antrag eine gebührenpflichtige Auskunft über einzelne personenbezogene Daten unter der Voraussetzung, dass die betroffene Person von der Meldebehörde aufgrund der Angaben des Antragstellers eindeutig identifiziert werden kann. Über eine Vielzahl nicht namentlich bezeichneter Personen kann Privatpersonen und nicht-öffentlichen Stellen auf Antrag Auskunft über die Zugehörigkeit zu einer Gruppe (z.B. ein bestimmter Geburtsjahrgang) und über bestimmte personenbezogene Daten erteilt werden, wenn ein öffentliches Interesse festgestellt werden kann.  
Ausländische Stellen außerhalb der Europäischen Union werden nicht-öffentlichen Stellen gleichgesetzt.
- c) Parteien, Wählergruppen und andere Träger von Wahlvorschlägen können im Zusammenhang mit Wahlen und Abstimmungen auf staatlicher und kommunaler Ebene Meldedaten erhalten.
- d) Mandatsträger, Presse und Rundfunk dürfen bei Alters- und Ehejubiläen die mit diesem besonderen Zweck in unmittelbarem Zusammenhang stehenden Daten erhalten.
- e) Adressbuchverlage dürfen zum Zwecke der Veröffentlichung in gedruckten Adressbüchern lediglich einzelne abschließend aufgezählte Daten aller volljährigen Einwohner von der Meldebehörde erhalten.
- f) Der Wohnungseigentümer/ Wohnungsgeber hat einen Anspruch auf Auskunft über die in seiner Wohnung gemeldeten Einwohner, soweit er ein rechtliches Interesse glaubhaft macht. Er kann sich darüber hinaus durch Rückfrage bei der Meldebehörde davon überzeugen, dass sich die Person, deren Einzug er bestätigt hat, bei der Meldebehörde angemeldet hat.
- g) An öffentliche Stellen in anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sowie an Organe und Einrichtungen der Europäischen Union oder der Europäischen Atomgemeinschaft ist eine Datenübermittlung im Rahmen von Tätigkeiten, die ganz oder teilweise in den Anwendungsbereich des Rechts der Europäischen Union fallen, zulässig, soweit dies zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der Meldebehörde oder in der Zuständigkeit des Empfängers liegenden öffentlichen Aufgaben erforderlich ist. Voraussetzung für die Übermittlung innerhalb des EWR ist, dass die EWR-Staaten den Inhalt der Datenschutz-Grundverordnung übernehmen.

## 5. Dauer der Speicherung

Nach dem Wegzug oder Tod des Einwohners hat die Meldebehörde alle Daten, die nicht der Feststellung der Identität und dem Nachweis der Wohnung dienen sowie nicht für Wahl- und Lohnsteuerzwecke oder zur Durchführung von staatsangehörigkeitsrechtlichen Verfahren erforderlich sind, unverzüglich zu löschen. Nach Ablauf von fünf Jahren seit Wegzug oder Tod des Einwohners werden die zur Erfüllung der Aufgaben der Meldebehörden gespeicherten Daten für die Dauer von 50 Jahren aufbewahrt und durch technische und organisatorische Maßnahmen gesichert. Während dieser Zeit dürfen die Daten mit Ausnahme des Familiennamens und der Vornamen sowie früheren Namen, des Geburtsdatums, des Geburtsortes sowie bei Geburt im Ausland auch des Staates, der derzeitigen und früheren Anschriften, des Auszugsdatums sowie des Sterbedatums, des Sterbeortes sowie bei Versterben im Ausland auch des Staates nicht mehr verarbeitet werden. Für die in § 13 Abs. 2 Satz 3 BMG bestimmten Fälle gilt das Verbot der Verarbeitung nicht. Für bestimmte Daten gelten nach § 14 Absatz 2 BMG kürzere Lösungsfristen.

## 6. Ihre Datenschutzrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) **Auskunftsrecht** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf **Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.  
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- d) Recht auf **Einschränkung** der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).  
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) **Widerspruchsrecht** gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).  
Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

## 7. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

#

## **8. Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Telefon: 0 61 31 / 208-2449  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Sachgebiet Bürgerdienste (Sozialamt) der Verbandsgemeinde Vallendar

### Vorbemerkung

Ab dem 25.05.2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (EU-DSGVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und in der Europäischen Union. Sowohl die neue EU-DSGVO als auch entsprechende nationale Regelungen enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu Rechten von betroffenen Bürgerinnen und Bürger. Daher werden Sie auf Folgendes hingewiesen:

Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII):

- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
- Hilfe zum Lebensunterhalt
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

### 1. Verantwortlicher und Ansprechpartner

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Fachbereich 3 - Bürgerdienste  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar

Tel.: 0261/6503-174, -134

E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

### 2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Ansprechpartner für Belange des Datenschutzes ist die Datenschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde Vallendar:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar, Tel.: 0261/6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

Bearbeitung von Anträgen auf die oben genannten Leistungen nach dem SGB XII - gemäß § 35 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und § 67a Zehntes Buches Sozialgesetzbuch (SGB X) sowie Asylbewerberleistungsgesetz.

### 4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

- Durchführung der unter Nr. 3 genannten Aufgaben und Wiederherstellung des Nachrangs der Sozialhilfe nach § 2 SGB XII - gemäß §§ 67d bis 76 SGB X
- Durchführung von Datenabgleichen nach § 118 Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) und der Verordnung zur Durchführung des § 118 Abs. 1 und 2 des SGB XII
- Meldepflichten für statistische Erhebungen nach §§ 121ff SGB XII, § 9 Landesgesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (AGSGB XII), § 41 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX – Teilhabeverfahrensbericht) sowie der Teilnahme am Vergleichsring der KGSt aufgrund der Projektvereinbarung vom 30.03.2017

### 5. Übermittlung an Drittland

Soweit für die unter Nr. 3 genannten Aufgaben erforderlich nach § 77 SGB X (z. B. Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen im Ausland)

### 6. Dauer der Speicherung

10 Jahre nach Beendigung des Verfahrens entsprechend den Empfehlungen des Gutachtens der KGSt zur Aufbewahrungsdauer von Akten in Kommunalverwaltungen.

### 7. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- **Auskunftsrecht** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- Recht auf **Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.  
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- Recht auf **Einschränkung** der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
  - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
  - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
  - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder

- wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

## **8. Widerrufsrecht bei Einwilligungen**

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

## **9. Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Telefon: 0 61 31 / 208-2449  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Sachgebiet Bürgerdienste (Standesamt) der Verbandsgemeinde Vallendar

### Vorbemerkung

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch das Sachgebiet Bürgerdienste der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Verantwortlicher und Ansprechpartner

Verantwortlich für die Verarbeitung Ihrer Daten ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Fachbereich 3 - Bürgerdienste (Standesamt)  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar

Tel.: 0261/6503-178, -179, -171

E-Mail: [standesamt@vg-vallendar.de](mailto:standesamt@vg-vallendar.de)

### 2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz:

Ansprechpartner für Belange des Datenschutzes ist die Datenschutzbeauftragte der Verbandsgemeinde Vallendar:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar, Tel.: 0261/6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

(Art. 13 Abs. 1 lit. c) DSGVO)

#### Zweck:

Beurkundung von Sterbefällen, Geburten, Eheschließungen, personenstandsrechtliche Erklärungen, Anerkennung der Vaterschaft, behördliche Namensänderungen

#### Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Personenstandgesetz
- Personenstandverordnung
- ggf. entsprechenden internationalen Vereinbarungen und Regelungen und bezüglich des Kirchenaustritts aus Art. 3 Abs. 4 Kirchensteuergesetz (KirchStG)

### 4. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

(Art. 13 Abs. 1 lit. e) DSGVO)



Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich – weitergegeben an:

- Standesämter und Meldebehörden anderer Verwaltungen
- Aufsichtsbehörden
- Ausländerbehörden, Konsulate
- Finanzämter,
- Gerichte
- Jugendämter
- Testamentsregister
- Gesundheitsämter
- Bevölkerungsstatistik

### **Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland**

(Art. 13 Abs. 1 lit. f) DSGVO)

Wir übermitteln Ihre Daten in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR (Drittländer) nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns erforderlich ist.

### **5. Dauer der Speicherung**

(Art. 13 Abs. 2 lit. a) DSGVO)

Die in Registern erfassten Daten sind dauerhaft aufzubewahren. Sie sind zusammen mit den in den zugehörigen Akten je nach Art des personenstandsrechtlichen Vorgangs nach 30, 80 oder 110 Jahren dem Archiv zur Übernahme anzubieten. Kirchenaustritte werden 30 Jahre aufbewahrt und können anschließend vom Archiv übernommen werden.

### **6. Besondere Informationen**

Das Standesamt erfasst Ihre Personenstandsdaten (u. a. Name, Geburtsdatum, Abstammung) in Registern und Akten. Auf dieser Grundlage werden Urkunden und Bescheinigungen ausgestellt sowie Auskünfte erteilt. Darüber hinaus werden Ihre Daten verarbeitet, soweit das für den Austritt aus einer Kirche, Religionsgemeinschaft oder Weltanschauungsgemeinschaft erforderlich ist. Verantwortlich für die Verarbeitung der Daten ist die Verbandsgemeinde Vallendar. Sie erteilt nähere Auskunft zur Verarbeitung ihrer Daten und ist zuständig, soweit Sie Rechte im Zusammenhang mit der Verarbeitung von Daten geltend machen wollen.

Die Rechtsgrundlagen für die Verarbeitungstätigkeiten ergeben sich aus dem Personenstandsgesetz, der Personenstandsverordnung, ggf. entsprechenden internationalen Regelungen sowie aus § 2 Abs. 1 Landesgesetz über den Austritt aus Religionsgemeinschaften und §§ 3 und 5 Landesdatenschutzgesetz.

Herausgegeben werden dürfen die Daten der Standesämter an andere inländische und ausländische Standesämter, andere Personen, sonstige Behörden, Gerichte, ggf. Religionsgemeinschaften und konsularischen Vertretungen anderer Länder nur, wenn dies gesetzlich erlaubt ist.

## 7. Ihre Datenschutzrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a) **Auskunftsrecht** über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b) Recht auf **Datenberichtigung**, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO).
- c) Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft.  
Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO.
- d) Recht auf **Einschränkung** der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Meldebehörde gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO).  
Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung.
- e) **Widerspruchsrecht** gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).  
Nähere Informationen zum Widerspruchsrecht nach dem Bundesmeldegesetz können den Hinweisen auf dem Meldeschein entnommen werden.

## 8. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Die Übermittlung personenbezogener Daten für Zwecke der Werbung oder des Adresshandels ist nur zulässig, wenn die betroffene Person eingewilligt hat (Artikel 6 Absatz 1 lit. a DS-GVO). Die Einwilligung kann nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

## 9. Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder ihr Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Telefon: 0 61 31 / 208-2449  
E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

# Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO)

## Anfragen zur Anmietung des Bürgerhauses

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Ortsgemeinde Urbar  
Arenberger Str. 33a  
56182 Urbar  
Telefon: 0261 / 66270  
E-Mail: [ortbuergemeisterin@urbar.de](mailto:ortbuergemeisterin@urbar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten.

### 3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

Sie haben uns Ihre Daten im Rahmen einer Anfrage zur Anmietung des Bürgerhauses in der Ortsgemeinde Urbar zur Verfügung gestellt. Die Ortsgemeinde Urbar hat als Eigentümerin die Möglichkeit einen Mietvertrag für das Bürgerhaus mit Ihnen abzuschließen. Dafür ist die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erforderlich, der Datenverarbeitung haben Sie mit Absenden des Formulars die entsprechende Einwilligung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DS-GVO erteilt.

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a DSGVO
- Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO)
- Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

### 4. Wer bekommt meine Daten?

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen. Teilweise bedienen wir uns zur Erfüllung unserer Aufgaben externer

Dienstleister, die Daten in unserem Auftrag verarbeiten. Die Dienstleister kommen zum Beispiel aus den Bereichen IT und Telekommunikation, Druck und Versand.

Im Hinblick auf die Datenweitergabe unterliegen wir grundsätzlich dem Datenschutz nach den Bestimmungen der EU-DSGVO sowie des LDSG.

Die von uns erhobenen bzw. uns bekannt gewordenen personenbezogenen Daten dürfen wir nur dann an andere Personen oder Stellen (z.B. Behörden im Rahmen von Amtshilfeersuchen oder in Rechtsbehelfsverfahren, Gerichte, Banken und Sparkassen, Finanzämter, Statistisches Landesamt, Strafverfolgungsbehörden) weitergeben, wenn die Weitergabe gesetzlich zugelassen ist.

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

## **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Um Ihr Anliegen zu bearbeiten, werden die von Ihnen gemachten Angaben in Papier- und in elektronischer Form hier gespeichert. Nach Erledigung Ihres Anliegens werden Ihre personenbezogenen Daten in der Regel zwei Jahre gespeichert und danach vernichtet.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen

Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind.

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 208-2449

Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Sachgebiet Sicherheit, Ordnung und Verkehr (Feuerwehrwesen) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch das Sachgebiet Sicherheit, Ordnung und Verkehr der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-175, -166  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben - wie den Brand- und Katastrophenschutz- erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Kassenzeichen, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n) sowie Name und vollständige Anschrift der / des Zahlungspflichtigen.

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

Personalsachbearbeitung für die Freiwillige Feuerwehr

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz,
- Landesbrand- und Katastrophenschutzrecht (LBKG)
- Feuerwehrverordnung (FwVO)

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche
- Wehrleitung / Wehrführung der Feuerwehren VG Vallendar

Extern:

- Ministerium des Inneren und für Sport (Ehrungen)
- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz (Ehrungen, Aus- und Weiterbildung)
- Landesfeuerwehr- und Katastrophenschutzschule (Aus- und Weiterbildung)
- Landesfeuerwehrverband (Ehrungen, Aus- und Weiterbildung)
- Kreisfeuerwehrverband (Ehrungen)
- Drittanbieter für Lehrgänge/Seminare (Aus- und Weiterbildung)

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz

Hintere Bleiche 34

55116 Mainz

Tel. (0 61 31) 208-2449

Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)



#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Gaststätten) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Gaststätten) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-173, -167 (Spielhallen)  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personen- und betriebsbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person sowie zum Betrieb, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdaten und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

Erteilung einer Gaststättenerlaubnis/ Erteilung einer vorübergehenden Gaststättenerlaubnis, Erteilung einer Gestattung.

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Gaststättengesetz
- Landesverordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes (Gaststättenverordnung - GastVO -)

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern
- Landesamt für Immissionsschutz
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
- Zollverwaltung
- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Lebensmittelüberwachung sowie Bauaufsicht
- Landesamt für Statistik
- Eichamt
- Steueramt/ Finanzamt
- Registergerichte
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundeszentralregister, Gewerbezentralregister

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Gaststättenakten werden in der Regel nach 10 Jahren der Ab-meldung datenschutzgerecht vernichtet.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Gefährliche Hunde) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Gefährliche Hunde) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-125  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personen- und betriebsbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person sowie zum Betrieb, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdaten und ggf. Kontakt-daten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Erteilung einer Erlaubnis zur Haltung von Gefährlichen Hunden
- Verfahren zur Prüfung einer etwaigen Gefährlichkeit eines Hundes

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Landeshundegesetz
- POG

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Polizeiliche Behörden
- Veterinäramt der Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Diese Akten werden nach Beendigung des Verfahrens nach 10 Jahren vernichtet.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Gewerbe) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Gewerbe) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-173  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personen- und betriebsbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person sowie zum Betrieb, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Name, Geburtsdatum, Geburtsort, Staatsangehörigkeiten, Geburtsland, Geschlecht, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail, Homepage, Aufenthaltsgenehmigung, Handwerkskarte, Erlaubnis, Funktion im Sinne des Gewerbes (Betriebsinhaber, Gesellschafter, gesetzlicher Vertreter ...), Angaben zum Betrieb, Eingetragener Name oder Betriebsbezeichnung, Registergericht und Ort, Register Nr., Datum der Eintragung, Zahl der geschäftsführenden Gesellschafter / Zahl der gesetzlichen Vertreter, Betriebsart, Niederlassungsart, Rechtsform, Vertretungsberechtigte Person, Anschrift der Betriebsstätte, Anschrift der Hauptniederlassung, Frühere / künftige Betriebsstätte, Früherer Inhaber, Tätigkeiten, Erlaubnisbedürftige Tätigkeit, Anzahl der beschäftigten Personen (Teilzeit/Vollzeit), Handwerkskarte/Erlaubnis, Gründe der Meldung, Verdachtsmomente auf Scheinselbständigkeit / Schwarzarbeit.

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Führung eines Gewereregisters
- Erteilung von Gewerbeurlaubnissen
- Gewerbeanzeigen entgegzunehmen und zu bestätigen
- Wanderlageranzeigen
- Marktfestsetzungen
- Gewerbeuntersagungsverfahren

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Gewerbeordnung (GewO)
- Landesverordnung über Zuständigkeiten im Gewerberecht (GewRZustV RP)
- Gaststättengesetz (GastG)
- Landesverordnung zur Ausführung des Gaststättengesetzes (GastVO)

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

Die in § 14 Abs. 8 Gewerbeordnung genannten Stellen, wie z.B.:

- Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern
- Landesamt für Immissionsschutz
- Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung
- Zollverwaltung
- Kreisverwaltung, Lebensmittelüberwachung
- Landesamt für Statistik
- Eichamt
- Steueramt/ Finanzamt
- Registergerichte
- Bundesagentur für Arbeit
- Bundeszentralregister, Gewerbezentralregister

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Gewerbedaten werden dauernd datenschutzgerecht aufbewahrt.



## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Kindertagesstätten) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Kindertagesstätten) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-167, -170  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdaten und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

Durchführung der Kindertagesstättensachbearbeitung

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- §§ 62 ff Sozialgesetzbuches VIII (SGB VIII)
- § 67 ff SGB X
- § 35 SGB I
- Kindertagesstättengesetz Rheinland-Pfalz (KitaG)

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Andere Behörden (u.a. Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung)
- Träger und Einrichtung der jeweiligen Kindertagesstätte

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Unterlagen mit Bezug zu Ihnen oder Ihrem Kind werden in der Regel zwei Jahre nachdem Ihr Kind die Einrichtung verlassen hat zum Jahresende datenschutzgerecht vernichtet. Unterlagen zur Festsetzung des Elternbeitrages werden in der Regel zehn Jahren nachdem Ihr Kind die Einrichtung verlassen hat zum Jahresende datenschutzgerecht vernichtet.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Beantragung von Rentenleistungen) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Beantragung von Rentenleistungen) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-134  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personen- und betriebsbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person sowie zum Betrieb, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdaten und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n), Sozialversicherungsnummer sowie Daten, die im Rahmen der Antragsaufnahme erforderlich sind (z.B. Angaben zu Arbeitsstellen/Gesundheitsdaten).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Beantragung von Rentenleistungen

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- SGB VI

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Rententräger

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Ruhender Verkehr) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Ruhender Verkehr) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung. Die Daten werden mit dem Programm EurOwiG verarbeitet.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-175, -191  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personen- und betriebsbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person sowie zum Betrieb, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdaten, amtliches Kennzeichen des Fahrzeugs und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.



### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

Überwachung von Verkehrsordnungswidrigkeiten (ruhender Verkehr)

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Ordnungswidrigkeitengesetz (OWiG)
- Straßenverkehrsordnung (StVO)
- Straßenverkehrsgesetz (StVG)
- BKatV

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Kraftfahrtbundesamt
- Einwohnermeldebehörden
- Amtsgericht, Staatsanwaltschaft
- Polizeiinspektion Bendorf
- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Bisher erfolgt eine unbegrenzte Speicherung.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Schulwesen) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste (Schulwesen) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-167, -170  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, Geburtsdaten und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Bankverbindung, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

#### Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Bearbeitung von Essengeld
- Bearbeitung von Verträgen und Beiträgen für die Betreuenden Grundschulen
- Umsetzung von Ferienbetreuungsmaßnahmen,
- Schulbuchausleihe und Lernmittelfreiheit
- Bearbeitung von Vorgängen zur Bildung und Teilhabe
- Bearbeitung von Anträgen auf außerschulische Nutzung von Schulräumen
- Betreuungsverträge der Kindertagesstätten

#### Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- Gemeindeordnung sowie Gemeindehaushaltsverordnung für Rheinland-Pfalz,
- Schulgesetz Rheinland-Pfalz,
- Landesverordnung über die Lernmittelfreiheit,
- Hinweise zur Einrichtung von Betreuungsangeboten an Grundschulen (Betreuungsordnung)

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

#### Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

#### Extern:

Andere Behörden (u.a. Kreisverwaltung Mayen-Koblenz, Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion)

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Antragsunterlagen und Verträge, Bescheide, etc. werden in der Regel zehn Jahre nach Abschluss des Vorgangs zum Jahresende datenschutzgerecht vernichtet.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

#



## Allgemeine Informationen zur Umsetzung der datenschutz- rechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der EU-Datenschutz- Grundverordnung (EU-DSGVO) im Fachbereich 3 – Bürgerdienste, Sachgebiet Sicherheit, Ordnung und Verkehr (Sondernutzung) der Verbandsgemeinde Vallendar

Mit den folgenden Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutzrecht zustehenden Ansprüche und Rechte.

Welche Daten im Einzelnen verarbeitet und in welcher Weise genutzt werden, richtet sich maßgeblich nach den jeweils von Ihnen beantragten Leistungen beziehungsweise nach der Art der öffentlichen Aufgabe. Wenn durch den Fachbereich 3 – Bürgerdienste, Sachgebiet Sicherheit, Ordnung und Verkehr (Sondernutzung) - der Verbandsgemeinde Vallendar personenbezogene Daten verarbeitet werden, bedeutet dies die Datenerhebung, -speicherung, -verwendung, -übermittlung und -bereitstellung aber auch Datenlöschung.

### 1. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

Verantwortliche Stelle ist:

Verbandsgemeinde Vallendar  
für die Stadt Vallendar oder die Ortsgemeinden Urbar, Weitersburg, Niederwerth  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-166, -131  
E-Mail: [rathaus@vg-vallendar.de](mailto:rathaus@vg-vallendar.de)

Unsere Datenschutzbeauftragte erreichen Sie wie folgt:

Annika Dillenberger-Hörsch  
Rathausplatz 13  
56179 Vallendar  
Telefon: 0261 / 6503-159  
E-Mail: [datenschutz@vg-vallendar.de](mailto:datenschutz@vg-vallendar.de)

### 2. Welche Daten werden verarbeitet und woher kommen sie?

Wir verarbeiten personen- und betriebsbezogene Daten, die wir von Ihnen und anderen Stellen erhalten haben. Es handelt sich dabei um Daten zur Person sowie zum Betrieb, sogenannte Stamm- und Kommunikationsdaten und um Zahlungsdaten, die für die Erfüllung der Aufgaben erforderlich sind.

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

Vor- und Nachname, Adresse, und ggf. Kontaktdaten wie Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Vor- und Nachname des/der (gesetzlichen) Vertreter(s), des/der Bevollmächtigte(n), ggfs. Veranstaltungsdaten, ggfs. besondere Nachweise für die Beantragung einer Sondernutzung (Bsp: Behindertenausweis).

Die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten beruht auf den gesetzlichen Vorschriften.

### **3. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Datenverarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?**

Die Datenerhebung erfolgt zu folgenden Zwecken:

- Antrag auf Erlaubnis (z.B. Sondernutzung)
- Ordnungswidrigkeitsverfahren bei nichtvorliegender Erlaubnis (z.B. unerlaubte Sondernutzung)

Rechtsgrundlage:

- Art. 6 Abs. 1 c) und e) DSGVO sowie ggf. Art. 6 Abs. 2 DSGVO
- StVO, StVG
- Sondernutzungssatzung

### **4. Wer bekommt meine Daten?**

Es erhalten nur diejenigen Personen Ihre Daten, die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen oder vertraglichen Pflichten brauchen.

Intern:

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der verantwortlichen Stelle, insbesondere der Fachbereiche

Extern:

- Feuerwehren der VG Vallendar
- Polizeiinspektion Bendorf
- Landesbetrieb Mobilität (LBM) für klassifizierte Straßen
- Kreisverwaltung Mayen-Koblenz

Eine Datenübermittlung in Drittstaaten findet nicht statt.

### **5. Wie lange werden meine Daten gespeichert?**

Wir speichern die Daten entsprechend der gesetzlichen Vorgaben. Ihre persönlichen Daten werden nur solange verarbeitet und gespeichert wie es für die Erfüllung der entsprechenden Aufgabe erforderlich ist. Anträge auf Sondernutzung sind dauerhaft aufzubewahren.

Grundsätzlich werden Daten dauerhaft aufbewahrt und datenschutzkonform gespeichert.

## **6. Welche Datenschutzrechte habe ich?**

### **Recht auf Auskunft, Art. 15 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir von ihnen verarbeiten werden. Sie können darüber hinaus Auskunft über die in Art. 15 Abs. 1 Buchst. a) – h) genannten Informationen verlangen. In dem Auskunftsantrag sollte das Anliegen präzisiert werden, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern. Daher sollten in dem Antrag möglichst Angaben zum konkreten Verwaltungsverfahren (z. B. Abgabensart und Jahr) und zum Verfahrensabschnitt (z.B. Festsetzung, Vollstreckung) gemacht werden.

### **Recht auf Berichtigung, Art. 16 EU-DSGVO**

Sollten die betreffenden Daten nicht (mehr) zutreffend oder unvollständig sein, haben die Betroffenen das Recht, Berichtigung und Vervollständigung der Daten zu verlangen.

### **Recht auf Löschung, Art. 17 EU-DSGVO**

Die Betroffenen können eine Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen, wenn eine Verarbeitung durch uns aus den in dieser Vorschrift genannten Gründen unzulässig ist. Eine Löschung kann jedoch nicht verlangt werden, sofern die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, Art. 17 Abs. 3 EU-DSGVO, insbesondere in folgenden Fällen:

- die Daten sind für den Verarbeitungszweck noch erforderlich,
- die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung besteht fort,
- die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen laufen noch.

### **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 EU-DSGVO**

Unter den in dieser Vorschrift genannten Voraussetzungen können die Betroffenen die Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) verlangen, z.B. eine Löschung ihrer Daten verhindern, weil diese zur Geltendmachung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden.

### **Recht auf Widerspruch, Art. 21 EU-DSGVO**

Die Betroffenen haben ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben. Jedoch können wir dem nicht nachkommen, soweit an der weiteren Verarbeitung ein überwiegendes Interesse besteht oder eine Rechtsvorschrift uns zur weiteren Verarbeitung verpflichtet (z.B. Durchführung des Abgabeverfahrens).

### **Recht auf Beschwerde, Art. 77 EU-DSGVO**

Jeder betroffenen Person steht im Übrigen ein Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu, wenn sie der Ansicht ist, dass eine Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt oder wir ihrem Anliegen nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen sind. 6

Die zuständige Aufsichtsbehörde ist:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz  
Tel. (0 61 31) 208-2449  
Email: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)